

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Emden, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitzsch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1774. Für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110. — Preis: 10 Pfennig. — Vom 16. bis 31. Juli 1.000 Mark. Abnehmer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile beträgt 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Zeile beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar geteilt durch 4,20). Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Nachverordnungen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 164.

Magdeburg, Mittwoch den 16. Juli 1924.

35. Jahrgang.

Die Londoner Konferenz.

Am Mittwoch begannen in London die Besprechungen der alliierten Staatsmänner über den Wiederaufbau Europas. Ost haben wir in den letzten Jahren ähnliche Konferenzen erlebt, die ebenfalls das Ziel der Befriedung Europas verfolgten, ohne daß diese Zusammenkünfte aber jemals zu irgendeinem positiven Erfolge geführt hätten. Inzwischen hat Macdonald, ein Freund der Verständigung und des Friedens, in England die Regierungsgeschäfte übernommen, während in Frankreich Herriot, ein Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung und der eifrigste Gegner Poincarés, berufen wurde, die Interessen seines Landes als Ministerpräsident zu vertreten.

Seit Cannes und Genua sind also Änderungen in der europäischen Politik eingetreten, die man zwar nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen soll. Damals der vorläufige Wille, die Entscheidung der Alliierten zu diktieren; heute die ehrliche Absicht zu dem Versuch, auf dem Wege der Verhandlungen die Verständigung vorzubereiten. Mit besonderer Spannung wird das deutsche Volk den Gang und das Ergebnis der Londoner Beratungen verfolgen. Handelt es sich doch wieder einmal um ein Stück deutsches Schicksal,

über das in der englischen Hauptstadt entschieden werden soll. Selbst Herriot und Macdonald, Männer, von deren Ehrlichkeit und gutem Willen wir überzeugt sind, können nicht handeln wie sie wollen, weil auch sie Rücksichten innerpolitischer Art nehmen müssen. Nur so ist der Rückschritt verständlich, den auch wir bei einem Vergleich zwischen den Besprechungen in Chequers und den Verhandlungen in Paris feststellen mußten. Aber unsere Hoffnung bleibt, daß die Pariser Vereinbarungen keineswegs als endgültig gelten und Änderungen noch möglich sind. Vor allem hegen wir diese Annahme von der noch nicht geklärten Frage der

Stück deutsches Schicksal

Zulassung Deutschlands. Wir können uns wirklich nicht vorstellen, daß Herriot als Freund der Verständigung über die Beteiligung Deutschlands weniger sachlich denkt als Poincaré, der in seiner letzten Senatsrede die Notwendigkeit der deutschen Unterschrift für die Abmachungen der Londoner Konferenz nicht in Abrede zu stellen wagte. Er hat lediglich gefordert, daß die Vertreter Deutschlands erst hinzugezogen werden, wenn die Alliierten sich definitiv geeinigt haben. Solange diese Einigung nicht erfolgt ist, kann der Vorsitzende der Alliiertenkonferenz eine Einladung an Deutschland nicht ergehen lassen. Aber wenn diese Einigung erfolgt ist, muß die Zustimmung zu den abschließenden Besprechungen erfolgen.

Wenn darüber Klarheit noch nicht geschaffen wurde, dann ist das nicht zuletzt dem

Toben der deutschen Nationalisten

zuzuschreiben. Wochenlang haben sie die Forderung aufgestellt, daß die endgültige Zustimmung zu dem Gutachten von Bedingungen abhängig gemacht werden soll. Diesem Gerede folgten die Treibereien zur Bildung eines Bürgerblocks. In Frankreich sind diese Dinge ganz genau verfolgt worden und man hat dort damit gerechnet, daß die Reichsregierung schließlich bestimmte Bedingungen an ihre Unterschrift knüpfen werde. In diesem Glauben wurde vorläufig die offizielle Einladung an Deutschland vermieden, um eine Verständigung der alliierten Kabinette nicht zu gefährden. Die jüngsten Neuerungen des Reichskanzlers haben die bestehenden Zweifel im wesentlichen behoben. Aber leider kam die Erklärung so spät, daß sie an den inzwischen erfolgten Dispositionen nichts mehr ändern konnte.

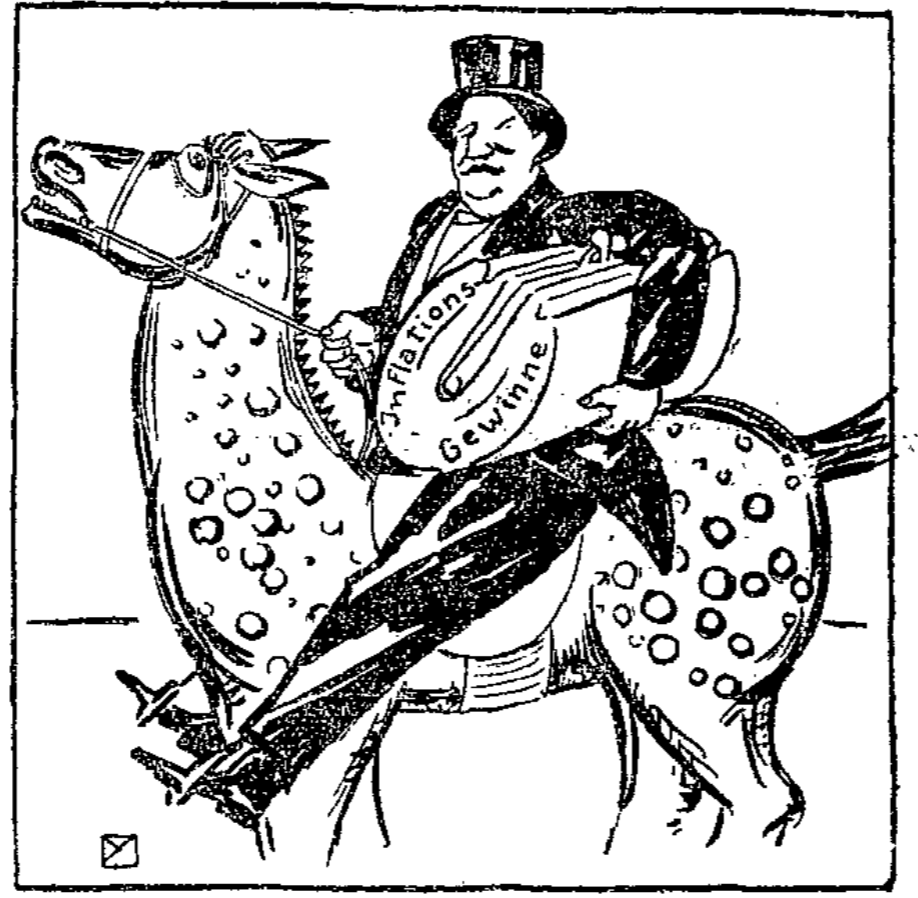
Die deutsche Reaktion wünscht einen Mißerfolg der Beratungen in London. Auf diese Tatsache hat die Reichsregierung am Montag bei den alliierten Regierungen mit gutem Rechte hinweisen lassen. Der ergebnislose Verlauf in London würde zu einer neuen Kräftigung der Reaktion in Deutschland und in der Folgewirkung zu einer Stärkung der reaktionären Kräfte in Frankreich führen.

Nach den bitteren Zeiten der Diktatpolitik, die ganz Europa immer mehr in den Abgrund riß, hegen wir vorläufig aber noch die Hoffnung, daß in London ein anderer Geist herrschen wird wie auf den bisherigen Reparationskonferenzen und daß mit dem Abschluß der Londoner Beratungen ein neuer, von gemeinsamer Zusammenarbeit betriebener Abschnitt der europäischen Politik beinahe bestimmt wird.

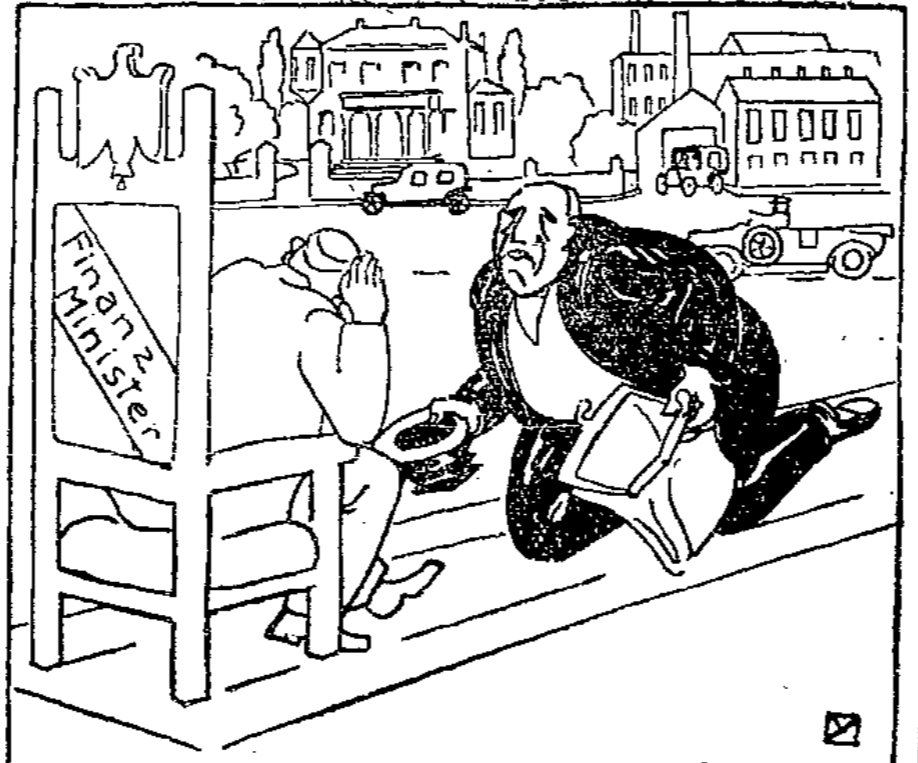
Der Bund der Zöllner.

Die Regierungstellen planen neben der Wiederherstellung der Agrarzölle auch noch einen verschärften Industrieschutz. Ursprünglich sollten Agrarier und Industrieschützer zu gleicher Zeit befriedigt werden. Infolge des Aufruhrs der sozialdemokratischen Presse nahm man Abstand von diesem sauberen Plan. An dem alten Ziel hält man jedoch fest. Wie wir erfahren, wird in den Amtszimmern der Regierung und der großen Wirtschaftverbände fleißig gearbeitet, um die Deffentlichkeit eines guten Tages mit einer Industrieschutzbilligung zu überraschen.

Auch noch Industrieschütze her!



Unlängst hoch auf stolzen Rossen —



Heute durch das „Perz“ geschossen — Kein Kredit und auch kein Geld! Soll der Sachver! Reichtum Früchte tragen, Müssen Sie's mit Kanik wagen: Zölle der Proletenwelt!

Diese Meldung wird bestätigt durch den Reichslandbund, der die Presse am Montag geladen hatte, um Delin die Wogen zu gießen, die angesichts der Vorgänge an den Produktenbörsen sehr hoch gehen. Dabei wurde betont, daß die Zollpolitik nur ein kleiner Ausschnitt aus einem Gesamtprogramm ist, dessen Ziel die Wiederherstellung der Wirtschaftszustände der Vorkriegszeit ist. Vorläufig verlangt deshalb der Landbund neben den Agrarzöllen und der freien Getreideausfuhr, die ja von Kanik von Fall zu Fall schon zugestanden worden ist, vor allem auch Zugeständnisse in der Kreditpolitik des Reiches. Auf Anfrage wurde vom Landbund versichert, daß man zugleich mit dem Agrarzoll ein allgemeines Zollsystem anstrebe, das auch die Industriewaren mit hohen Zöllen belege. Die Fleisch- und Getreideaölle

auf lange Sicht sind den Agrariern so wertvoll, daß sie für die Zustimmung der Industrie Zölle auf industrielle Fabrikate zugehen, obwohl diese Konzession für die Landwirtschaft Verteuerung der Produktionsmittel bedeutet.

Wie eng das Bündnis zwischen Agrarier und Industrie bzw. Handel ist, beweist übrigens die schwindende Initiative der Landwirtschaft in der Preisfrage. Früher haben die Agrarier die Befreiung der großen Preisspannen zwischen Erzeuger- und Detailpreisen als Weg bezeichnet, die Lage zu bessern. Von sozialdemokratischer Seite sind auch Versuche gemacht worden, den kürzern Weg zwischen Erzeuger und Verbraucher durch die Genossenschaften herzustellen. Jedoch hat die Landwirtschaft in letzter Zeit nur schwach reagiert. In der am Montag erfolgten Besprechung hatte man den Eindruck, daß die Landwirtschaft auf dieses vernünftige Mittel ganz verzichtet, um die Händler für die Zollvorlage zu gewinnen. —

Deutsches Getreide wird ausgeführt.

Antlich wird mitgeteilt:

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Reichskommissar bei der Reichsgetreidestelle ermächtigt, auf Antrag von Fall zu Fall eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Ausfuhr von Getreide, Mehl und Abfallprodukten aus dem Getreide zu erteilen. Der Absatz der genannten Erzeugnisse auf dem Inlandmarkt ist in den letzten Wochen so außerordentlich schwierig geworden, daß in Anbetracht der ständig wachsenden Notlage der Landwirtschaft, der Mühlen und des Handels eine Abzugsmöglichkeit durch die Ausfuhr geschaffen werden mußte. Bei der gewählten Art der Ausfuhrleichterung ist es möglich und auch beabsichtigt, das Maß der Ausfuhr zu begrenzen, wenn die Ausfuhr bedenklichen Umfang annehmen sollte, für welche Beschränkung jedoch kein Anlaß vorliegt, da die Absatzmöglichkeiten für deutsches Getreide und Mehl im Auslande sehr beschränkt sind.

Da die Inlandspreise für Getreide und Mehl bis vor einer Woche erheblich unter den Weltmarktpreisen lagen, wird jetzt eine lebhafte Exporttätigkeit einsetzen, bis die Weltmarktpreise erreicht sind. Die Preissteigerung für Getreide und Mehl hat bereits begonnen, die Verteuerung des Brotes wird bald folgen.

Die Freigabe des Exportes ist bereits eine große Zuwendung an die Landwirtschaft, deren Folgen die Verbraucher bald zu spüren haben werden. Sie trifft die deutsche Arbeiterschaft in diesen Tagen besonders schwer. Wolte man darüber hinaus wirklich noch Hungerzölle einführen, so wären die sozialen Folgen katastrophal.

Die deutsche Regierung bedient sich jetzt des gleichen Mittels, das die Sowjetrepublik angewandt, um die Kaufkraft der russischen Landwirtschaft zu steigern. Auch sie gab, als die Agrarkrise ihren Höhepunkt erreichte, große Getreidemengen zum Export frei und hat jetzt die Hungersnot im Lande. —

Neue Kredite für die „Notleidenden“.

Am Dienstag nachmittag fand im Reichsernährungsministerium eine Besprechung zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsernährungsminister statt. Gegenstand der Besprechung war die Frage der Agrarzölle. Im Rahmen der Zolldebatte ist von der Regierung betont worden, die Gegner der Agrarzölle sollten andere Wege zum Schutze der Landwirtschaft zeigen. Nach Auffassung führender Gewerkschaftskreise ist das nicht in erster Linie Sache der Gewerkschaften. Ihre Pflicht sei, das Reichsernährungsministerium auf die psychologische Unmöglichkeit aufmerksam zu machen, der Arbeiterschaft zu den bereits auf ihr ruhenden Lasten auch noch die Hauptlast aufzupacken.

Die Besprechung des Reichsernährungsministers mit den Gewerkschaften ist — wohl nicht ohne Absicht — noch vor der am Donnerstag dieser Woche in Berlin stattfindenden Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder angelegt worden. Diese Konferenz soll sich in erster Linie mit der Kreditfrage befassen. Es werden etwa 400 Millionen neue Kredite für die Landwirtschaft gefordert. Es können jedoch höchstens 200 bis 300 Millionen bewilligt werden. Wahrscheinlich wird eine Sonderzuweisung an Bayern nicht zum Beschluß erhoben, da die übrigen Länder, besonders Preußen, auf eine geteilte Verteilung dringen werden. Preußen verlangt, daß die Kreditfähigkeit der eigentlichen Empfänger der Kredite gedrückt

wird, aber darüber hinaus die Verteilung der Kredite über die Länder erfolgen soll. Also zwei Drittel der Kredite an Preußen und innerhalb Preußens prozentuale Verteilung auf die Provinzen und Sicherung gegen Begünstigung irgendwelcher Besitzgrößen.

Wenn jetzt übrigens zur Hilfe für die Landwirtschaft neben der Bereitstellung größerer Kredite auch die Ausschaltung des über groß gewordenen Zwischenhandels besonders hervorgehoben wird, so müssen wir daran erinnern, daß unsere Genossen im Reichstag wiederholt auch die Notwendigkeit einer engeren organisatorischen Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den städtischen Konsumenten hingewiesen haben. Die Konsumgenossenschaften sind der Auffassung, daß die Initiative hierfür von den landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgehen muß. Die Konsumgenossenschaften würden es begrüßen, wenn endlich einmal etwas getan würde. Sie sind zur Mitarbeit bereit.

Menschenhandel in Deutschland.

Die Unverbetätigkeit ausländischer Agenten unter den Ruhrbergarbeitern hat einen derartigen Umfang angenommen, daß der Bergarbeiterverband öffentliche Warnungen gegen derartige Anwerbungen nach Ungarn, Bosnien, Serbien und Nordamerika erläßt. In einigen Stellen ist auch versucht worden, Bergarbeiter und technische Angestellte nach Jugoslawien anzuwerben. Vor einer Auswanderung dorthin ist ebenfalls zu warnen. Augenblicklich treten im Ruhrgebiet Agenten auf, die Bergarbeiter für nordamerikanische Kupferbergwerke anwerben wollen. Es handelt sich um die Mohaff-Komp. in Keweenaw im Staate Michigan. Bergarbeiterverbände und Gewerkschaften haben Eingaben an die Reichsregierung gerichtet, um der Tätigkeit dieser Agenten entgegenzutreten.

Während man so im Ruhrgebiet für ausländische Ausbeuter unter den verzweifeltsten Arbeitslosen Opfer sucht, die hilflos und schutzlos dem Kapital überliefert werden, hat sich in Groß-Britannien die „nationale Arbeitswehr“ eine patriotische gewerksmäßige Stellenvermittlung aufbauen, vor der nicht dringend genug gewarnt werden kann, da es sich nicht nur um ein nationalitätliches Gebilde, sondern um ein geschäftstüchtiges Unternehmen zur Lieferung von Arbeitsklaven an das Unternehmertum handelt. Geschäftsführer ist ein Herr Kühnke, den man im Adressbuch als „Chefredakteur“ findet.

Diese Nationale Arbeitswehr vermittelt Arbeitsstellen kostenlos, wie angekündigt wird. Nur muß man Mitglied der Wehr werden, was 1 Mark Eintritt kostet. Außerdem wird denen, die auf den Leim friehen, ein einmaliger „Ansojnenbeitrag“ in Höhe von 10 Prozent eines Wochenlohns bei gewerblichen Arbeitnehmern bzw. 5 Prozent eines Monatsgehalts bei kaufmännischen Angestellten abgeknöpft. Daneben wird „einzig Anstand und Gejinnung“ verlangt.

Welche Art von Gejinnung geht aus den zehn Richtlinien hervor, die den Mitgliedern als Verhaltensmaßregeln mitgegeben werden. Diese sprechen sich gegen Streik und plötzliche Arbeitsniederlegung aus, da sie Arbeitnehmer und Arbeitgeber schädigen. Ohne Obmann oder Betriebsrat werden die Interessen des Wehrarbeitnehmers vom Arbeitgeber wahrgenommen, wenn er sich als treuer Mitarbeiter fühlt. Die Interessen des Kameraden wahrt die Wehr in „zweckentsprechender Weise“. Dafür muß der Wehrmann die Heberzeugung haben, daß die Wehr „im Ehrenkampf um unser deutsches Vaterland mit klarem Blick und fester Hand zur Stelle sein wird“. Kein Wunder, daß die Nationale Arbeitswehr Sport betreibt, an dem sich der einzelne zu beteiligen hat, damit er bereit „steht um sich haut“.

Was erlebt aber ein Opfer, das sich fördern läßt, auf dem Gebiete der Entlohnung und der Arbeitszeit? In Berlin werden von dieser famosen Wehr Metallarbeitern Stellen nachgewiesen, wo bei täglich 10 Stunden Arbeitszeit 35 Pf. in der Stunde bezahlt werden. Was mag man da erst Leuten bieten, die sich den deutschen Karriern zur Verfügung stellen sollen?

Kommunistische Fliegeleien.

Im Preussischen Landtag leisteten sich die Kommunisten am Montag wieder ein schönes Stückchen. Krawall, Tumult, Fliegeleien und Anpöbeleien — alles gut vorbereitet. Die „Stimme des Volkes“ oben auf der Tribüne des Publikums war gut instruiert und wartete nur auf das Stichwort von unten. Der Abgeordnete Stjellerup führte oben auf der Tribüne die „Regie. Auch der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Schulz (Mecklenburg) hatte sich — natürlich ganz zufällig — auf der Presse-tribüne eingefunden, um sich die ihm wohlbekannten „Vergewaltigungen“ der Kommunisten durch den Präsidenten mit anzusehen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten sofortige Beratung ihres Antrags, der dem Landtagspräsidenten wegen der Durchsuchung... der kommunistischen Fraktionszimmer das Mißtrauen ausdrückt. Die Beratung scheiterte am Widerspruch des Hauses. Erster Krawallsturm. Abg. Liebfuchst (Ansb. Bez.) erklärt, daß auch die Schranke der Unabgängigkeit erbrochen worden seien. Zweiter Krawallsturm. Der Kommunist Schmidt (Hannover) verlangt die sofortige Beratung eines Antrags auf Entlassung des Oberpräsidenten Noke und des hannoverschen Polizeipräsidenten wegen der Maffea-Mordaffäre. Der Antrag wird abgelehnt.

Nun nimmt die Kommunistin Frau Wolffstein zur Geschäftsordnung das Wort und protestiert gegen die „Suzusstände“ in Preußen. Der Präsident entzieht ihr schließlich, da sie nicht zur Geschäftsordnung spricht, das Wort. Frau Wolffstein übergibt dann dem Präsidenten einen Antrag auf Untersuchung der Zustände bei der Düsseldorf-Polizei. Der Präsident erklärt, daß er weder Inhalt noch Nummer des Antrags kenne. Frau Wolffstein antwortet dem Präsidenten: „Stellen Sie sich doch nicht dümmer als Sie sind!“

Nun wurde dem Präsidenten die Sache zu bunt, und er schloß Frau Wolffstein von der Sitzung aus. Minutenlang langer Krawall und Tumult der Kommunisten. Frau Wolffstein bleibt im Saale. Der Präsident unterbricht die Sitzung. In der Pause läßt sich Frau Wolffstein von ihren Fremden überreden, den Saal zu verlassen. Nach einer halben Stunde wird die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Leinert teilt mit, daß Frau Wolffstein wegen Weigerung, den Saal zu verlassen, für 8 Sitzungstage ausgeschlossen ist. Nach ein paar Zwischenrufe, dann legt sich die Aufregung, und das Haus kann die zweite Beratung des Haushalts der Bergbauverwaltung fortsetzen.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr.

Ehrenhaft und doch Gefängnis.

Vor dem großen Schöffengericht in Halle stand der Bürgermeister von Gräfenhainichen, Genosse Mauer. Im Februar dieses Jahres wurde er auf Grund einer Denunziation eines entlassenen Angestellten verhaftet. Er soll aus Gewinnsucht oder Parteilichkeit Leute der ordnungsmäßigen Wehrstrafung entzogen haben.

In der Verhandlung brachte die Anklage vollkommen zusammen. Der Verdacht, daß rachsüchtige Angehörige der Rechtsorganisationen die ganze Sache angezettelt hätten, bejaugte sich in der Hauptverhandlung, als der Hauptzeuge, eben jener entlassene Angestellte, auf die Frage des Verteidigers, wer denn seine Auftraggeber seien und ob er mit rechtsstehenden Herren aus der Stadtverordneten-Verammlung vorher die Sache besprochen habe, die Aussage verweigerte.

Das Gericht mußte feststellen, daß Genosse Mauer stets uneigennützig, gerecht und zum Besten der Bürger und auf Vorkommen aller Kreise gehandelt hat, daß er aber aus formalen Gründen strafbar sei. Das Gericht kam trotz von ihm anerkannter Ehrenhaftigkeit und Uneigennützigkeit des Angeklagten aus formalen Gründen zu der Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis. Er wurde sofort aus der Haft entlassen.

Kleines Feuilleton.

Mahmal.

Endlich, am 16. Juli 1924, wird Ernst Toller das Feuilleton-geschäft wieder selbst in die Hand nehmen. Selbst diese Angabe ist problematisch, denn Werdehohnsrecht liegt in Bayern und Venedig liegt in — Deutschland. In diesem Deutschland, weit entfernt von dem Wege, den kein wirklicher Führer eintreten, in diesem Deutschland, das ruhig zusehe, wie ihm seine Fesseln und Ketten weggeschleudert, oder eingekerkert werden, in diesem Deutschland ist man vor keiner Heberzeugung sicher.

Der Fall Ernst Toller ist typisch. Ein junger Mensch, anfangs Kriegsbegeistert, dann nach ehrlicher Dandlung revolutionär, wird vor ein „Vollgelehrter“ geschleppt. Sein Verbrechen: Arbeit Veräußerung auf Seiten des kämpfenden Proletariats während des Münchner Aufstandes vom Herbst 1919. Gleichgültig, daß Toller die Anstrengung der Käterevolution im Hinblick auf folgende politische Voraussetzungen gemacht zu verhindern versucht habe, gleichgültig, daß seine Tätigkeit bei den Kameraden gegen seinen Willen herbeigeführt worden in logischer Erkenntnis der Notwendigkeit ihrer Bemühung eine durchaus kämpfende, sondern war, gleichgültig auch, daß ihm nichts Unehrenhaftes nachgesagt werden konnte, während sich in dessen viele unbedeutende Zeugen fanden, die von dem „Angeklagten“ Edeljes, Menschliches auch aus jenen Tagen zu berichten trügten — gleichgültig alles: der Jude und vor allem.

Ernst Toller hat fünf Jahre Haft überstanden. Daß er sich nicht zum bestmöglichen Helfer gemacht haben, bereiten die Richter. Die er in demselben Herberzeugung. Klammern haben. Lange Zeitspiele sind überflüssig; es gibt Dinge, bei denen Gottes Proklamierung wäre. Jedem, der Toller's aufwachen Drama und seine herrliche Parodie gelesen, durchdringt und durchdringt hat, jeder, der kann die Angelegenheiten einer Heberzeugung bedacht, wird es zur Selbstverständlichkeit, in Erwägung zu treten zu jenen menschlichen Karikaturen, die sich, häufig besten Beweises, mit jeder Entscheidung an allem, was überhergeht heilig ist, verständiger. Denkt auch an Mahmal, denkt an Heberzeugung, denkt an Mahmal!

Vor wenig Wochen erst hat man in München, weil die Rede aus der Bürgerbräunerei gegeben war so hegen in ein „Mahmal“ errichtet. Was wir, da wir das Heil nicht von Schwert erröhen und von Sägen, haben unter Mahmal. Nicht ein kaltes Stein von Aristokratie Schlingen, von Aristokratie

Generalen beschwächt — „nur“ ein Mensch ist's: Ernst Toller.

Deshalb nicht nur freudigen Gruß dem endlich wiederkehrenden Weggenossen, auch das Versprechen, auf Bahnen zu folgen, die künftig er weilt. Sein Werk ist nicht immer vollendet, doch sein Rollen stets deutlich, sein Name mahnendes Programm.

Erfahrung ist alles! Wer erkenne, kann nicht lassen, wer erkenne, wird lieben! — Erich Gottscheu.

Theaterchronik. Intendant Strakrod von Götthar Landestheater, der in den letzten Jahren vielfach persönlichen Anfeindungen ausgesetzt war, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er wird die Leitung des Stadttheaters in Plauen i. V. übernehmen. — In Regensburg wurde die neue Kirche, ein prächtiger gotischer Bau zu einem Theater umgebaut. Der frühere Altarraum wurde in eine modern eingerichtete Bühne mit Rundhorizont, die Seitentribüne zur Schauspielergalerie umgebaut. Die Emporen sind zu hölzernen Rängen umgewandelt. Das Theater dürfte mit zu den schönsten Kammertheatern Deutschlands gehören. Ein ähnliches Experiment haben die Merseburger mit der Ruine über dem St.-Siri-Kirche vor.

Der gefährliche „Schneider Bibbel“. Die Aufführung des „Schneider Bibbel“ ist von der Rheinlandkommission, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, verboten worden wie das Schauspiel gleichen Namens.

Stuhl. Das größte deutsche Sach-Fest in Stuttgart hat mit einer Veranstaltung in der St.-Lorenz-Kirche, in der Werke von Burckhardt und Bach zur Ausführung gelangten, begonnen. Die Zahl der Besucher aus dem ganzen Reich ist sehr groß.

Silbende Kunst. Bei den Angelegenheiten in den Reichsdamer Schöpfung, die die Wiederherstellung der ursprünglichen Jahresrechnung zum Ziele haben, hat Dr. C. R. Jörster, der dem preussischen Finanzministerium mit dieser Aufgabe betraut wurde, einen hübschen Fund gemacht. Er hat das Gemälde einer landlichen Hochzeit, das in der kleinen Galerie von Sankt-Johann hing und bisher wenig beachtet worden ist, als ein Jugendwerk Dürers erkannt. Das Bild scheint offenbar, ebenso wie der wohlbekannte „Branzeng“ Dürer's, der etwas später entstanden sein muß, aus dem Emmeringer Friedrieh 2. — In Süddeutschland hat man auf dem Kirchhof Jäger bei einer Ausgrabung einen großen Silberring gemacht, den größten,

Völkischer Verleumder.

Vor dem Staatsgerichtshof zur Schutze der Republik erschien Martin Weger, der bis April vorigen Jahres den „Miesbacher Anzeiger“ geleitet hat, unter der Anklage, den damaligen Reichsjustizminister Dr. Kadbruch gräßlich beleidigt und damit zugleich die verfassungsmäßige Reichsregierung verunglimpft zu haben. In dem bezeichneten Artikel wurde hauptsächlich Kadbruch habe sich während des Krieges an einer Maroffenmeuterei organisierte beteiligt, sei deshalb vor Gericht gestellt und auch verurteilt, später aber vom Kaiser begnadigt worden. Weger knieft mit dem bekannten völkischen Mannesmut; er habe den Artikel des betreffenden Berichterstatters nur flüchtig gelesen, und bei der Veröffentlichung habe ihm die Absicht einer Gerabwürdigung der Republik böllig ferngelegen.

Die Aussage des Genossen Kadbruch bestätigte, daß die inkriminierte Behauptung des Artikelstellers eine einzige Unwahrheit darstellt, er, Kadbruch, habe schon deshalb bei keiner Maroffenmeuterei mitwirken können, weil er bis zum Kriegsende als Infanterist an der Westfront gewesen sei. Der Angeklagte verdrückt auf den aussichtslosen Versuch eines Wahrheitsbeweises. Zur Abgabe einer Erklärung, daß er die Veröffentlichung des Artikels bedaure und die Anwürfe gegen Kadbruch in aller Form zurücknehme, verband er sich allerdings erst, nachdem ihm der Vorsitzende eine solche Revokation sehr zudringlich nahegelegt hatte.

Der Reichsanwalt beantragte gegen Weger 3 Monate Gefängnis und 300 Goldmark Geldstrafe bzw. 30 Tage Haft. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis, 400 Mark Geldstrafe und die üblichen Nebenstrafen. Die Begründung lautet, daß der Staatsgerichtshof auf dem Standpunkt liege, es müsse so energisch wie möglich gegen solche Leute vorgegangen werden, die nicht davon lassen können, die Ehre von Millionen, zumal die von Persönlichkeiten in verantwortlichen Regierungsstellen, leichtfertig anzutasten.

Mal ein Freispruch.

Vor dem Schöffengericht in Vauken standen der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Arndt, der kommunistische Stadtrat Doop sowie eine Anzahl Arbeiter, die angeklagt waren, aus dem Betrieb des Fabrikbesizers Münchner in Vauken Waffen mittels Einbruchs entwendet und diese für sich behalten zu haben. Der Fabrikbesizer Münchner ist in der Vauken-Gegend als fanatischer Gegner der Republik bekannt und galt als einer von denen, die aus den Heeresbeständen Waffen erworben und verborgen haben sollten. Auf eine Anzeige hin wurde im Herbst 1923 eine Durchsuchung seines Fabrikbesizes vorgenommen, und die Kommission fand dort noch sehr gut erhaltene Feldgeschütze, die nach Aussage der Sachverständigen verwendungsfähig waren. Der Angeklagte, daß diese Geschütze zum Verkauf angekauft seien, schenkte man natürlich sofort Glauben — und Herr Münchner ging straffrei aus.

Einige Zeit später wurde von einigen Arbeitern eines Tages dem Gewerkschaftssekretär Arndt mitgeteilt, daß noch mehr Waffen im Betrieb Münchners versteckt seien; der Arndt war genau angegeben. Das Mißtrauen der Arbeiter wuchs, zumal Münchner Verbindungen mit Bayern aufrechterhielt, und die Vermutung, daß das Münchnerer Waffenarsenal einmal gegen die sächsische Arbeiterpartei Verwendung finden würde, nicht von der Hand zu weisen war. Auf die Polizei war nach der Rolle, die sie bei der Entdeckung der Geschütze gespielt hatte, kein Verlaß. Aus diesem Grunde wollten sich die beiden Hauptangeklagten persönlich von dem Vorhandensein des Waffenlagers überzeugen. Sie fanden auch an den bezeichneten Stellen eine große Menge Seitengewehre, Gewehre- und Geschützverschlüsse sowie sonstiges Waffengerät, alles sehr gut eingepackelt. Wo sollte eine Anzahl seiner Genossen herbei und räumte das Lager regelrecht aus, um es später an den Kommissar Zimmermann abzuliefern.

Es kam dann die Besetzung Sachsens durch die Reichswehr dazwischen und mittlerweile wurden verschiedene der Beteiligten in Sanktion genommen. Die Waffen waren von den Arbeitern an einem sichern Ort aufbewahrt worden. Mit Hilfe einiger Spigel fand die Polizei das Lager. Wegen dieses Vorgehens waren die Beteiligten angeklagt worden, des Verfahrens gegen den Herrn Fabrikbesizer war jedoch langit eingeleitet worden.

In der mehrstägigen Verhandlung wurde festgestellt, daß die Angeklagten sämtlich bemüht gewesen seien, die Waffen den republikanischen Behörden zuzuführen, was aber infolge der eingetretenen Ereignisse nicht möglich war. Der Staatsanwalt bemühte sich nach Kräften, eine Verurteilung wegen schweren Diebstahls herbeizuführen — auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik! Das Gericht sprach aber die Hauptangeklagten frei, da ihnen nicht widerlegt werden konnte, daß sie sich bei der Entfernung der Waffen von dem Gebrauche hatten leiten lassen, damit einen rechtswidrigen Zustand zu befestigen und eine im Interesse der Bevölkerung liegende Tat zu tun.

auf den man je in Schweden gestößt ist. Man fand 2042 außerordentlich wohlverhaltene Silbermünzen, meist angeklüppelt, die unter dem König Christof 2. 1773—1796 nach Christus geprägt worden sind. Zusammen wiegen diese Münzen 312 Kilogramm. Sie sind dem Museum in Lund übergeben worden. — In Mitteleuropa soll ein monumentales Gebäude errichtet werden, das dem Gedächtnis der großen Männer aus der niederländischen Geschichte gewidmet sein wird, ähnlich dem Kaiser Pantheon.

Ein Denkmalerfriedhof. Eine englische Nachrichtenagentur für Architekten hat einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen recht sonderbarer Art ausgeschrieben. Es sollen nämlich ein „Mausoleum“ und ein „monumentales Tor für einen Denkmalhof“ geschaffen werden, der dazu bestimmt ist, die Lordaner Denkmäler aufzunehmen, die von ihrem Standplatz entfernt werden. — Wenn dieser Plan Wirklichkeit werden sollte, so läden zahlreiche Länder und Städte Mailand, London aus tiefster Seele zu beneiden. Es wäre eine schöne Aufgabe auch für die Architekten Italiens, Frankreichs und nicht zuletzt Deutschlands, ähnliche Entwürfe zu schaffen. Dieser Weg ist vielleicht der einzige, der sich führen läßt, daß auch das denkmalerüberfüllte Berlin dem Gedächtnis der Zukunft besser standhält. Aber auch die Magdeburger dürften getrost dem Beispiel folgen.

Todesfall. Der Senior der englischen Nationalökonominnen, einer der bekanntesten Vertreter der Wiener Schule in England, Alfred Marshall, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Von 1885 bis 1908 war er Professor der Volkswirtschaftslehre in Cambridge, viele Jahre auch Vizepräsident der Royal Economic Society, ferner Ehrendoktor von Krakau und Christiana, Mitglied der meisten europäischen Akademien. Er hat ein vorzügliches Lehrbuch „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“, geschrieben, das in viele Sprachen übersetzt worden ist.

Die unentbehrliche Tugend. In der „Völkischen Zeitung“ heißt: Man weiß, daß Molière zu den freigebigsten Menschen gehörte; als er in spätem Jahren über große Einkünfte verfügte, benutzte er diese weniger für sich, als für seine notleidenden Freunde und für die Kunst. Eines Tages wollte Molière eben in seinen Wagen steigen, als ein Bettler ihn um ein Almosen anfragte. Ganz in Gedanken und ohne weiter hinzuschauen, gab Molière ihm ein Geldstück. Der Bettler betrachtete es und gab es ihm einen Augenblick später mit den Worten zurück: „Verzeihen Sie, gnädiger Herr, aber gewiß wollten Sie mir kein Goldstück geben!“ Molière, ganz verblüfft, erwiderte in schmerzlichen Worten: „Nicht man denn nirgends mehr vor der Tugend lichter!“ und fügte zu dem ersten ein zweites Goldstück.

Fauler Zauber.

Die Rohstoffe, die den deutschen Gewerkschaften durch das unverfängliche Verhalten der Arbeitgeberverbände aufgedrängt werden, nehmen an Umfang ständig zu. Die Wirtschaftspraxis der Scharfmacher geht dahin, einen Preisabbau durch Niedrighaltung der Löhne herbeizuführen, damit die Waren auf dem Weltmarkt untergebracht werden können. Die allgemeine Lage des Weltmarkts ist nicht rosig. Die Industrien des Auslandes haben eine schwere Krise hinter sich. Die aufsteigende Produktion macht den deutschen Industriellen schwere Sorge. Obwohl der deutsche Arbeiter noch immer niedriger bezahlt wird als jeder Arbeiter im Ausland, sind die deutschen Waren nicht unterzubringen aus Mangel an Qualität und zu hohen Preisen. Die Lotteriemirchhaft in der Warenproduktion, durch die lange Inflationsperiode begünstigt, rächt sich.

Mehr als je ist die deutsche Industrie auf den Absatz im Inland angewiesen. Wäre der deutsche Markt ausnahmefähig, dann könnte trotz der Kreditnot bald eine erweiterte Produktion in Gang kommen, zumal der Bedarf in stärkster Maße vorhanden ist. Sind die Kreditnot und die Absatzkrise aber nicht etwa Erscheinungen, die in der Absicht der Unternehmer, die Löhne recht niedrig zu halten, begründet sind, zum mindesten aber willkommen geheißen werden? Die Kurzsichtigkeit, mit der von den Arbeitgeberverbänden Eintragspolitik in der Wirtschaft getrieben wird, muß ja geradezu verheerend wirken. Die deutschen Scharfmacher sollten längere Zeit bei den Kapitalisten Amerikas in Schule gehen. Dort hat man verstanden, erst die Basis für den innern Markt zu festigen, mit dem Erfolg, daß nun eine gesteigerte Produktion möglich und die Ausfuhr einen täglich steigenden Umfang annimmt.

Wird durch Erschütterungen die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes nun vollkommen zerfallen, so wird die Beschäftigungsmöglichkeit in der Industrie noch weiter schwinden. Die Inflationskrise scheint überstanden, nun her mit der Festmarkkrise. So denken die nationalen Scharfmacher. Es ist bisher keinem Wirtschaftsverband, keinem Volk erspart geblieben, die durch die Geldentwertung geschädigten, unwirtschaftlichen Produktionsmethoden in einer Krise abzustößen. Dies geschieht jedoch nicht, wenn man die wirtschaftliche Not der Hauptabnehmer über Gebühr verstärkt, denn auf den Preisabbau wird ein weiterer Lohnabbau dann keinen Einfluß ausüben, wenn der Absatz der Waren weiter zurückgeht. Dieser Rückgang wirkt nur preisverteuernd, sogar das scheinbare Mehr an Gewinn zerfließt wieder vollständig durch die Verteuerung der Warenherstellung. Für einen Betrieb, der 100 Arbeitsstellen faßt, ist die Unterhaltung gleich teuer, wenn nur 40 Arbeitsstellen besetzt sind.

Noch sind die Gewerkschaften nicht so gestärkt, daß sie ganz allein, auf eigene Kraft gestützt, die Lage meistern, den Unbelehrbaren zu Nutz der Gesamtheit gerechte Lehre zu geben vermögen. Doch auch dieser Zeitpunkt liegt nicht fern. Die schweren Wirtschaftskämpfe, die gegenwärtig im Metallgewerbe, im Holzgewerbe und andern ausgefochten werden, sind die Generalprobe, die bestanden werden muß. Die kampfhaften Bemühungen, die öffentliche Meinung so weit zu beeinflussen, daß das Märchen von den zu hohen Löhnen, die einen Preisabbau verhindern, wieder geglaubt wird, sind nichts als fauler Zauber, den die Kartelle und Syndikate dem kaufenden Publikum vormachen wollen. Man hat sich an mühelosen, in keinem Verhältnis zum Gesehungspreis der Ware stehenden, daher ungerechtfertigten Gewinn so gewöhnt, daß man diesen nicht vermissen will.

Deshalb wird versucht, die Menge derer, die nicht über wirtschaftliche Fragen nachdenkt, irrezuführen, doch so lange es noch freie Gewerkschaften und sozialdemokratische Zeitungen gibt, soll den Treibern, denen an Trübung der klaren Verhältnisse alles liegt, ihr Fischzug auf die Briefftasche der lieben Mitmenschen nicht widerstandslos gelingen.

Der kommunistische Gesangsverein.

Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands hat an ihre Vertreter in den Gemeinden Instruktionen ergehen lassen, in denen ausführliche Verhaltensmaßregeln für die Kommunisten in den Gemeindevertretungen enthalten sind. Dieselben Vorschriften gelten auch für die kommunistischen Land- und Reichstagsabgeordneten.

So hat sich der kommunistische Abgeordnete Büche im Bayerischen Landtag gelegentlich der Wahl Dr. Heids zum Ministerpräsidenten strikt an diese Vorschriften gehalten und dadurch den Wahlakt zu sabotieren versucht. Es heißt in den Direktiven:

Jeder kommunistische Parlamentsabgeordnete muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüssen nachzukommen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht der loyale Wählermasse, sondern seiner illegalen oder legalen kommunistischen Partei gegenüber verantwortlich. Die Kommunisten müssen versuchen, die Geschäftsordnung so weit wie möglich für ein wirksames Auftreten auszunutzen. Wo das nicht geht, setzen sie der bürgerlichen Geschäftsordnung ihre eigene proletarische Geschäftsordnung entgegen. Werden Gesetzen mit Gewalt aus dem Sitzungssaal oder von den Tribünen entfernt, so haben die verbleibenden Genossen, soweit wie irgend möglich, die weitere Sitzung zu gerteigen. Jede solche Sitzung muß mit dem Gesang der Internationalen beendet werden.

Die „Lose Wählermasse“ wird sich jedesmal über das Feiertanzereien freuen, das diese Sorte Volkstanzereier in den Parlamenten veranstaltet. Besonders angenehm wird es von den Wählern empfunden werden, daß man zwischendurch auf ihren Willen pfeift. Feiertanzereien? Ach nein, es muß Entree bezahlt werden, denn während ein beträchtlicher Teil des Volkes solcher Aktenmusik lauscht, ziehen ihm die Kapitalisten das Fell über die Ohren.

Der Skandal von Wöllersdorf.

In der Übergangszeit zwischen Inflation und stabiler Währung haben sich eine ganze Reihe von Korruptionsercheinungen entwickelt. Neben den nennwürdigen Zerfallserscheinungen einiger Wiener Banken hat der Wöllersdorfer Skandal in den letzten Wochen die Öffentlichkeit am meisten beschäftigt.

Die Wöllersdorfer Werke sind die größten ehemaligen Geeresebetriebe. Nachdem man sie nach Kriegsende verstaatlicht als Staatsbetriebe aufrechterhalten hatte, wurde man im Sommer 1922 dazu gezwungen, an ihren privates Kapital zu beteiligen. Ursprünglich war die W. G. G. dabei, ein großzügiges modernes Industrialisierungsprogramm in Wöllersdorf zu verwirklichen, aber nachdem Meinungen zwischen der Industrieleitung und den Staatsorganen entstanden waren, löste die W. G. G. den Vertrag mit der Regierung. Nunmehr sprang die Metallum-W. G. in Berlin ein. Dieses unter der Führung der Brüder Ellarz stehende Unternehmen glaubte in den Wöllersdorfbetrieben ein geeignetes Objekt zu sehen, um neue Industrien anzufachen und sich als Kontrollgesellschaft über die dort neu zu gründenden Industriunternehmungen einzufügen. Die Wöllersdorfer Werke wurden mit nominell 1 Milliarde Kronen Aktienkapital gegründet. Der Staat besitzt 33 1/2 Prozent, 21 Prozent übernahm ein österreichischer Industrieller namens Adler und 45 1/2 Prozent erhielt die Scharfgruppe, die auch die Geschäftsführung hat.

Das Unternehmen war von vornherein erschwert durch die wirtschaftliche Depression, die kurz nach der Gründung einsetzte. Man konnte deshalb nur unter außerordentlichen Umständen neue Unternehmer veranlassen, die Wöllersdorfer Fabriken zu übernehmen. Die Gesellschaft mußte zur Beschaffung flüssiger Mittel zum Verkauf von Warenvorräten schreiten. Sie hatte die Bewilligung hierzu (auch vom Vertreter des österreichischen Staates in der Verwaltung), aber als die Verkäufe immer größer wurden, entstanden Schwierigkeiten. Es wird behauptet, daß bei Erbringung einer Maschinenfabrik Maschinen, die mit 20 Millionen bewertet worden waren, mit 2,6 Milliarden verkauft wurden. Es wird ferner erzählt, daß 11 Waggons Messing abgegeben wurden zum Preise von 7000 Kronen, während der reguläre Marktpreis 17 000 Kronen betrug. Man behauptet, daß ein Posten von 40 Waggons Stahl und 20 Waggons Schienen weit unter der Hälfte des Marktpreises verkauft wurden.

Die Untersuchung, die jetzt geführt wird, wird außerordentlich schwierig sein, und zwar, weil nicht feststeht, wie weit diese Verkäufe mit oder ohne Zustimmung des staatlichen Vertreters im Konjunktium durchgeführt worden sind. Die mit der Überwachung beauftragten Staatsfunktionäre scheinen Provisionen angenommen zu haben und verschiedene Mitglieder des Konjunktiums scheinen außerordentliche Tantiemen bezogen zu haben. Was schon jetzt bekannt ist, beweist einen Grad von Korruption, der selbst nach den Erfahrungen der letzten Jahre außerordentlich ist. Die Firma Ellarz steht im Mittelpunkt der Erörterungen, denn sie hat nicht nur den hauptsächlichsten Einfluß, sondern ist auch finanziell am stärksten beteiligt.

Wenn es wahr ist, daß von der Kontrollgesellschaft der Wöllersdorfer Werke an die Tochtergesellschaft unter Schädigung des Staates Maschinen und Vorräte weit unter ihrem Werte verkauft worden sind, so wird die Metallum-W. G. in den Mittelpunkt einer Korruptionsaffäre größten Stils gerückt werden.

Münchner Kommunistenprozeß.

Das Schwurgericht München verhandelte am Freitag gegen 57 Kommunisten wegen Vergehens gegen die Wahl-Verordnung vom 11. November 1923, die die kommunistische Partei in Bayern verbot. Die Angeklagten wurden am 25. Mai bei einem Bezirksparteitag der kommunistischen Partei in München verhaftet. Das Verfahren gegen die damals mitberufenen Reichstagsabgg. Schlicht (Berlin), Buchmann (München) und Florin (Köln) ist vom Reichstag für die Dauer der Session eingestellt worden. Der Mitangeklagte Landtagsabgg. Schläpfer (München) hat ohne polizeiliche Genehmigung eine Studienreise nach Moskau angetreten; der Staatsanwalt beantragt, einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen, das Gericht stellt die Entscheidung zurück. Auffallend ist der höfliche Ton, in dem die Angeklagten vom Gericht behandelt werden.

Die Verteidigung ist darauf abgestellt, den aufgehobenen Bezirksparteitag als Wahlhilfeversammlung darzustellen, die sich mit den bayrischen Gemeindevorständen beschäftigten sollte.

Als erster Angeklagter wird der Schriftsteller Dr. Frank (Berlin) vernommen, Lektor beim Malik-Verlag, den er als von der kommunistischen Partei gestützt bezeichnet. Frank, der 21 Tage Hungerstreik in der Untersuchungshaft hinter sich hat, erklärt: Er erlobe es zum ersten Male, daß die einfache Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ihm als Verbrechen angesehen werde und gesteht offen, daß die aufgehobene Zusammenkunft der Förderung kommunistischer Zwecke gedient habe. Der Richter habe aber zu prüfen, ob die Wahl-Verordnung überhaupt zu Recht bestehe.

Nach einem Protokoll, das im kommunistischen Fraktionszimmer des Landtags beschlagnahmt worden ist, wird erwähnt, daß der in Frage stehende Bezirksparteitag dem Neuaufbau der in Südbayern sehr zerstückelten kommunistischen Partei und der Zellennarbeit in den Gewerkschaften gedolten habe. Die Auflösung des Parteitag durch die Polizei habe die Bewegung sehr gefördert. Ein Angeklagter behauptet allerdings, daß die kommunistische Partei in Bayern nur noch als ideologische Vereinigung bestünde, dagegen nicht mehr als Organisation.

Zu einem heftigen Zusammenstoß kommt es zwischen dem Vorsitzenden und dem Landtagsabgg. Göb, als dieser das Beweismaterial des Gerichts als in den kommunistischen Landtagsräumen gestohlen bezeichnet.

In der Nachmittagssitzung gibt der Angeklagte Kreitmayer zu, daß seine Arbeit der Durchführung der Beschlüsse des Frankfurter Kongresses gegolten habe, die er allerdings nicht genau gelesen habe, da ihm die politische Arbeit dazu keine Zeit lasse. Der Angeklagte Göb bezeichnet sich als verantwortlichen Urheber des aufgehobenen Bezirksparteitags. Die weitere Vernehmung der Angeklagten ergibt keine wesentlichen Aufschlüsse.

Notizen.

Ausländische Beschlüsse der Abrüstungskommission. Die Abrüstungskommission des Völkerbundes, die in Genf verhandelt, hat sich am Sonnabend mit den durch den Völkerbund festzulegenden Grundsätzen für eine internationale Regelung der privaten Herstellung von Waffen und Munition befaßt. Die Mehrheit der Kommission war der Auffassung, daß die Regierung auch weiterhin das Recht haben müssen, Kriegsmaterial für sich nicht nur in staatlichen Werken herzustellen, sondern auch bei der Privatindustrie zu erwerben. Allerdings soll jede geheime Herstellung von Waffen und Munition unterjagt sein. Besondere Bestimmungen sollen getroffen werden, um Schieberungen der Privatindustrie durch die Regierung jedes Landes unterbinden zu können. — Dieses kauschulartige Verfahren dürfte wenig Erfolg haben, und es ist sehr zu bedauern, daß in dieser Frage der privatwirtschaftliche Interessenstandpunkt obgesiegt hat und die Anträge auf völlige Unterbindung der Waffenfabrikation durch private Firmen nicht durchgebrungen sind.

Deutsche Bergarbeiter in Holland. Mitteilungen aus Holland besagen, daß in der Limburger Kohlenindustrie gegenwärtig die Nachfrage nach ungelerten Arbeitskräften unter 30 Jahren das Angebot übertrifft. Eine besonders große Nachfrage nach ungelerten jugendlichen Arbeitern besteht in den niederländischen Staatsbergwerken. In der letzten Zeit wurden zahlreiche deutsche Bergarbeiter eingestellt.

Einfall der Rechtsparteien. Bei der am Sonntag im Braunschweig durchgeführten Wahlbestimmung von den Rechtsparteien verlangte Auflösung des Monats wurden nur etwa 14 000 Ja-Stimmen abgegeben, so daß der Volksentscheid nicht durchgeführt werden kann, weil 20 000 Stimmen dazu nötig gewesen wären.

Draconische Strafen. Der 5. Strafsenat des Reichsgerichtes verurteilte den 53jährigen Brunnenbauer Wilhelm Schönbauer nachd wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und Vorbereitung eines hochverräterischen Vergehens zu 6 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte ist bereits erheblich vorbestraft und hat im Herbst 1923 auf Veranlassung der R. P. D. in seiner Wohnung in Döbrabrück Bomben mit einer Sprengstoffladung von 30 Meter Umkreis angefertigt. Bei der Hausdurchsuchung wurden große Mengen Sprengmaterial und eine Anzahl fertiger Bomben gefunden. Der Angeklagte war geisteskrank.

Stufe in der Parteifasse. Die „Humanität“ veröffentlicht am Montag einen Aufruf der kommunistischen Partei Frankreichs, in dem diese erklärt, daß sie mit ihrer finanziellen Mitteln am Ende sei und die Parteifasse ein ungeheures Defizit von 700 000 Frank aufweise. Aus Mangel an Mitteln habe die Partei bereits einen Teil der Funktionäre entlassen und die Bezüge der andern herabsetzen müssen. Der Aufruf spricht von einer schweren Krise und fordert die Parteimitglieder auf, durch Abführung mindestens eines Tagesverdienstes an die Parteifasse der Partei die Möglichkeit zu geben, die politische Arbeit fortzusetzen.

Wölflischer Zwischenfall. Auf dem Gebäude der französischen Gesandtschaft in München war am Montag aus Anlaß des französischen Nationalfeiertags die Triolore gehißt. Gegen 5 Uhr nachmittags kam es deshalb zu einer großen Menschenansammlung vor der Gesandtschaft. Die Menge verlangte unter Drohungen die Einziehung der Fahne. Eine Abteilung Landespolizei konnte gerade noch rechtzeitig den Platz räumen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Bei der Räumung des Platzes wurden eine Anzahl Personen verhaftet.

Beratungen der Internationale. Am Montag abend haben in Amsterdam gemeinsame Beratungen der internationalen Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Arbeiter-Internationale begonnen. Die Konferenz beschäftigte sich mit der allgemeinen Lage in Europa, insbesondere mit der bevorstehenden Londoner Konferenz. Anwesend waren Adler (Österreich), Schläpfer der sozialistischen Arbeiter-Internationale, Koll (Engl.), Blum (Frankr.), Hermann Müller (Deutschl.), Vanderveerde (Belg.), Wiegand (Holland). Die Beratungen dürften am Mittwoch abgeschlossen werden.

Der verurteilte Jungdo. Vor dem Kriegsgericht des 33. Venerkorps in Bonn fand am 8. Juli eine Verhandlung gegen 12 Angeklagte und eine größere Anzahl abwesende frühere Mitglieder des Jungdoentschen Ordens statt. Die ursprüngliche Anklage wegen Komplotts gegen die Besatzungsbehörden war fallen gelassen worden, und es wurde gegen die Angeklagten lediglich wegen Teilnahme an einem durch die Rheinlandkommission verbotenen Verein, nämlich dem Jungdoentschen Orden und wegen Abhaltung von Versammlungen des Ordens und geheimer Tätigkeit gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen verhandelt. Das Urteil lautete gegen den Referendar Schneidewitz in Bonn, in dem man anscheinend das Haupt der Vereinigung erblickte, auf ein Jahr Gefängnis und 20.000 Mark Geldstrafe. Gegen die übrigen Teilnehmer wurde auf Geldstrafen, abgeleitet von 200 bis 500 Goldmark erkannt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die Anwesenden wurden zur gelegentlichen Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis und 2000 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Die französische Amnestie. In einer Nachsitzung, die erst Dienstag früh um 2 Uhr zu Ende war, hat die Kammer die Befugnis der Amnestiegesetzes beendet. Die Rechte machte noch einmal einen Vorstoß und bezeichnete die Amnestierung als eine Prämiengabe für Vergehen. Das Gesetz wurde mit 326 gegen 185 Stimmen angenommen. Mit der Linken stimmten auch die Kommunisten.

Debatte im Unterhaus. Die wegen der Pariser Reise Macdonalds verlagte Debatte über die englische Politik ist am Montag fortgesetzt worden. Die Konservativen und die Liberalen, von denen eine heftige Attacke gegen die Regierung erwartet wurde, haben in Anbetracht der bevorstehenden Eröffnung der interalliierten Konferenz eine Schwächung vollzogen, weil sie fürchteten, daß eine scharfe Debatte in diesem Zeitpunkt unpopulär wirken könnte. Esquith wie Baldwin haben beide in ihren Reden einen freundschaftlichen Ton angeschlagen. Bei der ganzen Debatte kam daher nichts Positives zutage. Jeder Redner, auch Macdonald, betonte sich auf dem Drahtseil. Niemand will der Konferenz besondere Schwierigkeiten machen.

Japan baut Kriegsschiffe. Japan soll jetzt 84 Kriegsfahrzeuge, teils in Dock, teils im Neubau haben. Die Gesamttonnage der japanischen Kriegsschiffe beträgt über 178 000 Tonnen. Das japanische Marinebauprogramm soll umfassender sein, als das Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zusammengekommen. Das amerikanische Marineministerium beobachtet deshalb Japan besonders scharf.

Ungarischer Vorbruch. Der ungarische Sozialistenführer Weltner, gegen den seiner Rückkehr nach Budapest von der ungarischen Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden ist, hat sich nach Wien geflüchtet. Zeitungsnachrichten zufolge hatte sein Anwalt vor der Richter Weltners die Zusage erhalten, daß sämtliche gegen ihn eingeleiteten Verfahren entweder als verjährt zu betrachten oder niedergeschlagen werden seien.

Amnestie in Spanien. Vor seiner Abreise nach Andorra hat König Alfonso ein eingehendes Amnestieedikt unterzeichnet. Alle wegen ihrer Teilnahme an den Unruhen von Melilla im Jahre 1921 Verurteilten sowie die wegen Pressevergehens Verurteilten erlangen hierdurch die Freiheit wieder. Die auf die Kanarischen Inseln verbannten Professoren Manzano und Soriano sind infolge dieser Amnestie nach Spanien zurückgekehrt.

Depeschen.

Amerikanische Anleihebedingungen.

Paris, 15. Juli. Der Außenminister des Echo de Paris, der bereits in London weilte, teilt heute mit, in Chequers habe Macdonald erklärt, daß er sich unverzüglich darum bemühen werde, den Rat von Finanzleuten einzuholen, die als Vertreter des New Yorker Marktes gelten könnten. Das englische Schakamt sei also in einen Meinungsaustausch mit verschiedenen aus den Vereinigten Staaten kommenden Persönlichkeiten eingetreten. Das Ergebnis der Besprechungen sei, daß die amerikanischen Finanzleute ihre Unterstützung nur unter den folgenden Bedingungen zuzufügen wollen:

1. Gewährung der unbedingten Priorität für die Zulassung des untergebrachten Anteils der Anleihe von 800 Millionen.
2. Abschluß eines Abkommens, in dem Deutschland sich tatsächlich aus freien Stücken bindet;
3. Zusage, daß die zur Amortisierung und Tilgung des ersten Abschnittes der Anleihe bestimmte Summe nicht dem Lebertragungskomitee anheim falle, daß keine Emissionen von den einzelnen Nationen durchgeführt werden und ferner, daß Vertreter der Anleihezeichner an jeden Beschluß teilzunehmen hatten, sei es die Opportunität, sei es die Art der Emissionen, zum Gegenstand habe.

Ein Heberschnitz.

spd-Berlin, 15. Juli. Nach der von den Reichshauptkasse veröffentlichten Abrechnung für die Zeit vom 1. bis 10. Juli d. J. betragen die Einnahmen des Reichs 108 68 Millionen, die Ausgaben 96 82 Millionen, so daß in den ersten 10 Tagen dieses Monats ein Einnahmehüberschuß von 9 86 Millionen zu verzeichnen ist.

Parkrestaurant Herrenfrug



Heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr
Ein Tag klassisch u. modern. Meister
ausgeführt vom Philharmonischen Orchester
(60 Musiker). Leiter: Musikmeister Vata.
Ab 7 Uhr

Reunion
Freitag abend, ab 7 Uhr
Großes Terrassen-Streichkonzert
Sonnabend den 19. Juli, ab 6 Uhr
Sommernachtsfest
des Magdeburger Schwimmclubs 96
Konzert (100 Musiker)
Neuartige Beleuchtung des Gartens!
Abends 8 Uhr
Sanz in allen Gärten (Kabarett)

4
Jahreszeiten:
ab 7 Uhr
Künstlerkonzert
Speisen u. Getränke
zu stilvollen Preisen

+ Krätze +
Sausjud., Hautausschlag,
Flechten, Warstflechten,
über damit bed. ist. verl.
umf. Ausl. gegen Müchp.
v. H. Necker, Berlin SW 61

Wildunger
Blasen- u. Nierentee
Hof-Apothek, -
Brettelweg 158

Gabe meine
Praxis wieder
aufgenommen.
Wilhelm Brieff
Dentist
Saffelbachstr. 10, III
- Tel. 3112. -

Fahrräder-Klinik rep.
Räder u. Gummi, Kutscher-
straße 9, Ecke Gr. Schulstr.

Seie Uamenschliches,
Talle, bespielt
Wilhelm Kelle!
Hierzu heißt
Wau-Waus Geld.

Mit Genehmigung der zust. amt. Behörden.

Preisausschreiben

für die Hausfrauen!

Um unsere sehr beliebte, äußerst praktische und in jeden Haushalt gehörende **Einkaufs-Tasche „ORKA“** aus farbigem Strohgeflecht in noch viel größerem Maße bei den Hausfrauen einzuführen, haben wir uns entschlossen, diese zum **Vorzugspreise von Mk. 3.-** abzugeben. Jedermann, der diesen Betrag einsendet, erhält sofort nach Eingang desselben unsere Einkaufstasche in einem Karton verpackt franko zugesandt und ist außerdem an nachstehenden Preisen beteiligt:

1 Preis	Rentenmark 10 000.-	in bar
1 Preis	Rentenmark 3 000.-	in bar
3 Preise	à Mk. 1000.-	Rentenmark 3 000.-	in bar
10 Preise	à Mk. 100.-	Rentenmark 1 000.-	in bar
20 Preise	à Mk. 50.-	Rentenmark 1 000.-	in bar
100 Preise	à Mk. 20.-	Rentenmark 2 000.-	in bar
1000 Preise	à Mk. 10.-	Rentenmark 10 000.-	in bar

1135 Preise von insgesamt . Rentenmark 30 000.- in bar

Teilnahmebedingungen:

1. Teilnahmeberechtigt ist jedermann, der seinen Wohnsitz in Deutschland hat und den Betrag von 3.- R.-Mk. einsetzt, entweder in deutschem Reichsgeld mittels frankierten Briefs oder durch Überweisung auf unser Post-scheckkonto Stuttgart 17 091.
2. Jede Bestellung, welche die genaue Adresse des Einsenders sowie den Namen der Zeitung enthalten muß, wird sofort nach Eingang mit einer fortlaufenden Nummer versehen. Diese Nummer erhält der Besteller als Aufdrückung mit seiner Tasche. Alle Nummern zusammen bilden die Grundlage für die Auslosung vorstehender Preise.
3. Die Bestellungen sind spätestens bis zum 20. August, abends 6 Uhr, zur Post zu geben.
4. Die Auslosung der Gewinne erfolgt am 25. August durch den in unserem Bezirk aufgestellten öffentlichen Notar.
5. Die ersten 5 Preisträger werden von uns telegraphisch, alle übrigen sofort schriftlich benachrichtigt. Die Preise werden sofort nach Auslosung den Gewinnern zugestellt.
6. Die ausgewählten Preise gelangen bei 100 000 Einsendungen zur Verlosung, sie ändern sich prozentual bei größerer oder kleinerer Beteiligung.
7. Das Preisausschreiben erfolgt unter Ausschluss des Rechtsweges und erklärt sich jeder Teilnehmer mit unsern Bedingungen einverstanden.

LAUTERBACH (Württemberg), den 10. Juli 1924.

Schwarzwälder Strohindustrie

Kurfess & Köber.



Dampferfahrten nach Hohenwarthe und Niegripp

- abfahrtsfreie Petriförder -
Wochentags täglich
vormittags 7.00, nachmittags 2.00
bis Niegripp
Sonntags
nach Hohenwarthe
vormittags 7.00, 7.30 und 10.00
nachmittags 2.00, 2.30
bis Niegripp
vormittags 7.30, nachmittags 2.00
Jeden Mittwoch
• Große Promenadenfahrt •
abends 8 Uhr ab Petriförder mit Dampf
nach Hohenwarthe (Eibischlöbchen)
Rückfahrt 12 Uhr bei Vollmondlicht.

Otto Krietsch
Verf. Str. 34 Telefon 323

12. Kreis-Turn-, Sport- und Spielfest 2. Kreis des Arb.-Turn- u. Sportbundes

Für die anlässlich des 12. Kreis-
turnfestes in Staßfurt-Leopoldshall er-
wiesene Gastfreundschaft von seiten
der Behörden beider Städte sowie der
gesamten Einwohnerschaft. Staßfurt-
und Ammergerb erkräftigt auf diese
Wege, der Kreisverband seinen auf-
richtigen Dank.
J. A.: Der Festausschuss.



Wochentags-Fahrplan der Dampfer nach Hohenwarthe.

Abfahrt über Strombrücke links (Stadelle)

Wochentags: Ausfahrt vorm. 8.00, nachm. 2.30
Rückfahrt vorm. 11.30, nachm. 7.30

Sonntags: Ausfahrt vormittags 7.00 8.00 10.00
nachmittags 2.00 3.00 4.00

Stahlberg, Sandtorstr. 38.
- Telephon 1364. -

Gesellschaftshaus Stadt Loburg

Heute sowie jeden Mittwoch von 4 Uhr an
Großes Kinder-Fest
Leitung: Der Kinderfreund Willi Strauch.
Kinder in Begleitung Erwachsener Eintritt frei.
Jeden Donnerstag von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
Eintritt frei. - Ab 8 bis 11 Uhr
Grosses Garten-Konzert
Der Volles Orchester.
Mein Garten ist vollständig gartenkünstlerisch neu angelegt und um das Doppelte vergrößert. - Schattiger, fast windstiller, herrlicher Aufenthalt.
1121

Konsum-Berein

für Garbelegen und Umgegend.
Mittwoch den 23. Juli, abends 8 Uhr
findet eine
Außerordentliche Generalversammlung
in der „Neuen Welt“ statt.
Tagesordnung:
1. Punkt: Wahl eines Vorstandsmittglieds.
2. Punkt: Abänderung des Statuts (§ 4).
3. Punkt: Genossenschaftliches
Garbelegen, den 14. Juli 1924.
Der Vorsitzende, Otto Siegmund.

Spar- und Bauverein Magdeburg, E. G. m. b. H.

Mitte Mitglieder machen wir darauf auf-
merksam, daß wir wieder
Einzahlungen
und zwar von 1 Goldmark an
annehmen. Nähere Erläuterungen werden in den
Geschäftsstellen gegeben. Der Vorstand.

Rämnik- Künstlerspiele

Ab 16. Juli 1924
täglich
Die große Sensation!
Ballett-Pantomime
Indische Nächte

An Szene geleitet von Direktor G. Rämnik.
Sämtl. Sänge sind von der Solo-Sängerin
Ella Mayer-Storch
vom Stadttheater Magdeburg
einfach und werden von derselben mit
ihrem Ballett täglich aufgeführt.
Außerdem Mitwirkung des bestbekannt.
Holländer-Quartetts
Etwas, was in Magdeburg noch nicht
gezeigt wurde. Trotz der großen Kosten
habe ich es jedem ermöglicht, diese große
Sensation zu sehen.
Solide Preise! Kein Weinzwang!
Ferner: Das große Juli-Programm!
Neue Vorträge:
Bruno Wiesner
Carla-Meding-Ballett
Kläre Krentner
Hennig
Holländer-Quartett.
Die Direktion.

Fahrräder

verf. reparat., Reparatur,
Emaillieren, Verzinnein
Joh. Radde, Wallstr. 7.
Mehrere Möbelstücke
zu verkaufen:
Plüschsofa, br. Stelber-
schrank u. Bettst., nuph.
gestr. 2 Bettst. u. Matr.,
bunt. pol. Tisch, Spiegel
abz. Gemälde, 6 St. 8 Uhr
Korn, Braunschweigstr. 7,
pl. r. Seit. 11/12, letzte Tür
Nachricht, Bett verf.,
Hacker, Krotzenweg 18.

Von der letzten Pfandversteigerung!

Wenig getragene
Herren- und Damen-
Garberobe, Tafel-
Uhren, Wäsche,
Betten
und verschiedene andre
Gegenstände kaumend
billig abzugeben.
Wandlungsgeschäft
Max Kalkstein,
Königsplatz 5, Tel. 4706

Wilhelma

Lübecker Str. 129

Mittwoch und Donnerstag
von nachmittags 4 Uhr an
Freikonzert!!
Sonntag im Sommer-Saal Ball.

Allgemeine Ortstrantentafel Aßchersleben.

Bekanntmachung.
Gemäß § 25 der Verordnung der
Reichsregierung über die Krankenpflege
bei den Krankeinstößen vom 20. Oktober
1923 haben die Verordnungen in allen
Fällen zu den Kosten für Arznei, Heil-
und Stärkungsmittel beizutragen.
Die Vorschriften treten für unsere
Mitglieder mit dem 15. Juli in Kraft.
Als Anreiz sind 10 Pf. für jede
Erkrankung festgesetzt, die sofort bei
Erkrankung in der Apotheke oder Kranke-
ntafel zu entrichten sind.
Der Vorstand.

Läufe

Billig und gut
Läufen Str.

Bekanntmachung.

Das Betreten der Feldstufen außerhalb der
öffentlichen Kommunität anzuzeigen ist in den
Kommunen Rat. Juni Juli, August in der Zeit
vom Einbruch der Dunkelheit - spätestens von
9 Uhr abends an - bis zum Tagesanbruch -
spätestens 4 Uhr morgens - und in den übrigen
Kommunen spätestens von 8 Uhr abends an bis
zum Tagesanbruch - spätestens 5 Uhr morgens -
verboten. Ferner ist überhaupt verboten, un-
bedingt über Gärten oder vor beendeter Ernte über
Weiden oder besetzte Acker zu gehen oder zu
fahren.
Jede Übertretung der vorstehenden Ver-
ordnungen wird mit einer Geldstrafe bis zu
150 Goldmark oder mit entsprechender Haft
bestraft.
Die Eltern sind verpflichtet, ihre Kinder an-
zuhalten, fremde Grundstücke nicht unbefugt zu
betreten.
Schönebeck, den 10. Juli 1924.
Die Polizei-Verwaltung.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Stiftstadt.
Todesfälle: 14. Juli. Witwe Wilhelmine
Büch geb. Müller, 66 J. Otto G. des Arbeit.
Otto Raumann, 4 J. Witwe Karoline Werens
geb. Harbach, 78 J. Witwe Karoline Werens
geb. Knorr, 76 J. Arbeiter Karl Knie, 55 J.
Privatmann Otto Korte, 72 J. Unberuflich.
Hausdame Laura Schick, 71 J. Ehefr., des
Dentisten Alex. Friedländer, Berta geb. Bern-
stein, 55 J.

Städtisches Theater

Victoria-Theater
Mittwoch den 15. Juli
Hinkemann
Freitag den 19. Juli
Ende 19. Juli

Burg Gut. Privatmittagstisch

von 12 bis 5 Uhr, zu haben bei
Frau Krüger, Schulstraße 49.

Hemden

für Herren und Damen in Käper, Planel,
Sartent und Kessel was und gestreift.
von 2.45 s. an anwärts.
Coruco (Inhaber Wilhelm
Corneth & Co.).
Verkaufsstellen:
Neuer Weg 19, am Alten Markt
und Kottbuserstraße 39

Bekanntmachung.

Die Reichsregierung hat nach Zustimmung
des Reichsrats die in der Verordnung über
Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 (R.
G.-Bl. I, S. 705) enthaltenen Bestimmungen über
a) Handelsverläubnis
b) Ankaufserlaubnis
und Abschnitt 2 der Verordnung über Jüder
vom 9. Oktober 1923 (R.-G.-Bl. I, S. 936) durch
Verordnung vom 26. Juni 1924 mit Wirkung
vom 1. Juli 1924 aufgehoben und gleichzeitig
bestimmt, daß mit den aufgehobenen Vorschriften
auch die Bestimmungen außer Kraft treten, die
auf Grund dieser Vorschriften erlassen sind.
Geranten fallen insbesondere die für die einzelnen
Verwaltungsbezirke erlassenen Verordnungen
über den Ankauf von Butter, Käse und Eiern,
die hiernach mit dem 1. Juli 1924 ihre Gültigkeit
verloren haben.
Die Bestimmungen über Preisrichter,
Preisversteigerungen, andere Versteigerung von
Waren, Markterwerb werden von obiger Ver-
ordnung nicht berührt und sind auch ferner in
Kraft.
Die Polizeiverwaltungen und Herren Amts-
vorsteher ersuche ich um ortsfällige Bekannt-
machung.
Calbe a. d. S., den 7. Juli 1924.
Der Landrat.
Weiterer öffentlicher.
Schönebeck u. Grob-Saale, 12. Juli 1924
Die Polizeiverwaltung.

Todesanzeige.

Nach längerem Leiden verstarb am
Sonntag abend 8 Uhr unsere liebe Mutter
und treue Großmutter, Witwe
Ernestine Hey
geboren: Nikolai
im 80. Jahre ihres mühe- und arbeits-
reichen Lebens.
Mit der Bitte um stille Teilnahme
zeigen dies an
Familie Franz und Gustav Hey.
Die Beerdigung findet am Donner-
stag nachmittags 4 Uhr von der Kapelle
des Lemoeder Friedhofs aus statt.

Burg.

Für geliebte Ehepartnerin den
Jung und Jungfrau zur 25. Jubiläum-
feier, daß in das Geschäft wenn
möglichsten Karten in un-erhöhrter
Zahl weiterzugeben, und eine in das
Geschäft kleine eingetragene Ver-
einer auf mich übertragen zu wollen.
Schönungswort
Hedwig Holzmann,
Gewerkschaftshaus.

Burg Frühkartoffeln

zu haben bei
Krüger, Schulstraße 49.

Zwecks Einföhrung!
1 Unter-Lafender
gratis
R. Balzer, Berlin NW 32, Calowstr. 2.

Kaufm. Lehrling

für Kontor und Laden für jetzt oder später
gesucht von der Stempelfabrik
Paul Friedenthal, Gravierenanstalt
Eichenstraße 24, Ecke Zenker Straße.

Graveurlehrling
für jetzt oder später gesucht von der
Stempelabrik Paul Friedenthal
Gravierenanstalt, Tischlerbrücke 36
Ecke Berliner Str.

Bekanntmachung.

Die Reichsregierung hat nach Zustimmung
des Reichsrats die in der Verordnung über
Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 (R.
G.-Bl. I, S. 705) enthaltenen Bestimmungen über
a) Handelsverläubnis
b) Ankaufserlaubnis
und Abschnitt 2 der Verordnung über Jüder
vom 9. Oktober 1923 (R.-G.-Bl. I, S. 936) durch
Verordnung vom 26. Juni 1924 mit Wirkung
vom 1. Juli 1924 aufgehoben und gleichzeitig
bestimmt, daß mit den aufgehobenen Vorschriften
auch die Bestimmungen außer Kraft treten, die
auf Grund dieser Vorschriften erlassen sind.
Geranten fallen insbesondere die für die einzelnen
Verwaltungsbezirke erlassenen Verordnungen
über den Ankauf von Butter, Käse und Eiern,
die hiernach mit dem 1. Juli 1924 ihre Gültigkeit
verloren haben.
Die Bestimmungen über Preisrichter,
Preisversteigerungen, andere Versteigerung von
Waren, Markterwerb werden von obiger Ver-
ordnung nicht berührt und sind auch ferner in
Kraft.
Die Polizeiverwaltungen und Herren Amts-
vorsteher ersuche ich um ortsfällige Bekannt-
machung.
Calbe a. d. S., den 7. Juli 1924.
Der Landrat.
Weiterer öffentlicher.
Schönebeck u. Grob-Saale, 12. Juli 1924
Die Polizeiverwaltung.

Ruhe sanft!

Am Sonntag abend durch einen
sanften Tod erfüllt, infolge plötzlich
eintretender Schwäche von seinem
langen Leben wurde mein lieber
Vater, unser guter Vater, Sohn,
Schwager, Bruder, Schwager,
Onkel und Neffe, der Kranführer,
Friedrich Steffen
im 44. Lebensjahr.
Um stille Teilnahme bitte
Marie Steffen geb. Erdöder
nebst Kindern, Familie Steffen.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Hauptkapelle des Westfried-
hofs aus statt.
1919

Die täglichen Automobilunfälle. Der Chauffeur eines Autos... Die täglichen Automobilunfälle. Der Chauffeur eines Autos... Die täglichen Automobilunfälle. Der Chauffeur eines Autos...

Zwei Arbeiter erstickten. In der Nacht zum Montag... Zwei Arbeiter erstickten. In der Nacht zum Montag... Zwei Arbeiter erstickten. In der Nacht zum Montag...

Aufklärung eines Raubmordes. In der Nacht zum 6. April... Aufklärung eines Raubmordes. In der Nacht zum 6. April... Aufklärung eines Raubmordes. In der Nacht zum 6. April...

Schwerer Jagunfall in der Schweiz. Ein mit Ausflüglern... Schwerer Jagunfall in der Schweiz. Ein mit Ausflüglern... Schwerer Jagunfall in der Schweiz. Ein mit Ausflüglern...

Auffindung einer Grabkammer. In der ältesten Kirche... Auffindung einer Grabkammer. In der ältesten Kirche... Auffindung einer Grabkammer. In der ältesten Kirche...

150 Frauen in 4 Tagen verkränkt geworden. In den letzten... 150 Frauen in 4 Tagen verkränkt geworden. In den letzten... 150 Frauen in 4 Tagen verkränkt geworden. In den letzten...

Die Pest in Griechenland. Nachrichten aus Griechenland... Die Pest in Griechenland. Nachrichten aus Griechenland... Die Pest in Griechenland. Nachrichten aus Griechenland...

Volkssport.

Fußball.

Eintracht 02 gegen B. f. L. 1 (2:2) - 2:2. Eden 8:0. Für den... Eintracht 02 gegen B. f. L. 1 (2:2) - 2:2. Eden 8:0. Für den... Eintracht 02 gegen B. f. L. 1 (2:2) - 2:2. Eden 8:0. Für den...

genau von der Bezirks- bzw. von der Kreisleitung eingeschritten werden... genau von der Bezirks- bzw. von der Kreisleitung eingeschritten werden... genau von der Bezirks- bzw. von der Kreisleitung eingeschritten werden...

Sportfreunde Magdeburg gegen Sportklub Bura 1 (2:2) 2:1... Sportfreunde Magdeburg gegen Sportklub Bura 1 (2:2) 2:1... Sportfreunde Magdeburg gegen Sportklub Bura 1 (2:2) 2:1...

Vorwärts gegen Pagan Sachsen 1 (1:1) 0:0. Eden 8:3. Am... Vorwärts gegen Pagan Sachsen 1 (1:1) 0:0. Eden 8:3. Am... Vorwärts gegen Pagan Sachsen 1 (1:1) 0:0. Eden 8:3. Am...

Auch das Spiel mit Vorwärts endete mit 1:1. Die Gäste... Auch das Spiel mit Vorwärts endete mit 1:1. Die Gäste... Auch das Spiel mit Vorwärts endete mit 1:1. Die Gäste...

Der Anstoss von Vorwärts wird abgegangen und fest... Der Anstoss von Vorwärts wird abgegangen und fest... Der Anstoss von Vorwärts wird abgegangen und fest...

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zeit 20 Gelpfennige, aufgenommen... Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zeit 20 Gelpfennige, aufgenommen... Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zeit 20 Gelpfennige, aufgenommen...

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse vom 14. Juli. Die Preise... Magdeburger Produkten-Börse vom 14. Juli. Die Preise... Magdeburger Produkten-Börse vom 14. Juli. Die Preise...

Der Preis für Weizen.

(auschl. Verbrauchssteuer und Sach) beträgt für 50 Kilogramm... (auschl. Verbrauchssteuer und Sach) beträgt für 50 Kilogramm... (auschl. Verbrauchssteuer und Sach) beträgt für 50 Kilogramm...

Table with market prices for various goods like coffee, sugar, and flour. Columns include item names and prices.

Berliner Produkten-Börse vom 14. Juli. An der... Berliner Produkten-Börse vom 14. Juli. An der... Berliner Produkten-Börse vom 14. Juli. An der...

Telegraphische Auszahlungen.

Table showing telegraphic remittance rates for various cities like Amsterdam, London, and Paris. Columns include city names and rates.

Wasserstände.

Table showing water levels for various rivers and locations. Columns include location names and water levels.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 16. Juli: Heiter, trocken, wärmer. - Stridmölle, Erikotagen, G. W. Fischer, Jakobstr. 41. Tel. 3642

Advertisement for 'Volkspflege' (People's Care) featuring a large logo and text about social insurance.

Advertisement for 'Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft' (Trade Union Cooperative Insurance Company).

Advertisement for 'Militz Natur-Heilwäpner' (Militz Natural Healer) with text about health and vitality.

Advertisement for 'Zigarren-Luckau' (Cigarettes Luckau) with address and price information.

Advertisement for 'SOEBEN ERSCHienen' (SOEBEN APPEARED) featuring a logo and text about a book or publication.

Advertisement for 'Rucksäcke' (Rucksacks) by Julius Wolff, highlighting quality and durability.

Advertisement for 'Hosen billig!' (Trousers cheap!) with details on prices and quality.

Large advertisement for 'PROTOKOLL DES PARTEITAGES BERLIN 1924' (Protocol of the Party Meeting Berlin 1924) published by Volksstimme.

Advertisement for 'WERBE-DRUCKSACHEN' (Advertising Printing Matters) by W. Pfannkuch & Co.

Advertisement for 'Köstritzer Schwarzbier' (Köstritz Black Beer) and 'Sinalco' products.

Advertisement for 'FRAUEN-FREIBAR' (Women's Freedom) with text about women's rights and social issues.

Advertisement for 'Peter Knaack' (Peter Knaack) with address and contact information.